Breslau, Freitag, 29. Juli 1932
Nr. 168. Jahrg. 1932

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

SAZ Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

SA marschbereit!

Eine Überrumpelung zum Wahltag in Vorbereitung — Zusammenziehung der SA in die Städte — von Gayl kündigt Mitregierung der Nazis an — Hitler geht aufs Ganze!

Die Vorbereitungen der Nazis lassen keinen Zweifel mehr, daß für sie der 31. Juli der Entscheidungstag werden soll.

Aus allen Großstädten kommen Nachrichten, daß die SA überall aus der Umgebung zusammengezogen wird. In den Ortschaften setzen sich schon jetzt die Sturmabteilungen in Marsch, in den Städten langen täglich Transporte von Braunhemden ein, die unauffällig untergebracht werden. Die Waffen werden überholt, strenge Alarmbereitschaft ist angeordnet, Lazarette und Unterkunftsräume sind eingerichtet. In den letzten großen Wahlkundgebungen bemühen sich die Führer zwar noch das Legalitätsmäntelchen zu zeigen. Sie kündigen aber die Mentrollung der „30 Parteien" durch den Sieg der Nazliste an.

Unzweideutig und unmißverständlich erläutert Hitler auf einer Riesenkundgebung im Berliner Stadion, worum es geht. Er habe den festen Willen und die Entschlossenheit, das Volkes Einheit wieder herzustellen und das Reich zu neuer Kraft und neuer Stärke aufzurichten. Man mache den Nazis den Vorwurf, sie seinen intransigent und untolerant. „Ich bekenne hier vor der ganzen Nation, daß das wirklich unser Ziel ist, diese 30 Parteien, die jetzt an die Wahlurne treten, aus Deutschland herauszubefördern."
12 Jahre lang habe der Nationalsozialismus Widerstand geleistet, jetzt sei die Zeit gekommen, in die Verantwortung zu marschieren!

Unterdessen wird fieberhaft der Marsch auf Berlin, auf die Industriegebiete und Großstädte vorbereitet.

*

Auch die Papen-Regierung ist sich über die Nazipläne im klaren. Der Wille zur Selbstbehauptung lasse jedoch die Machthaber des Staatsapparates noch hoffen, daß die Nazis sich nach dem 31. Juli mit einer Mitregierung begnügen würden. Die Regierung beeilt sich, ihre eifrige Bereitschaft dazu bekannt zu geben.

Der Innenminister v. Gayl hat dem französischen Journalisten Sauerwein ein Interview gegeben. Auf die Frage, ob die Regierung bereit sei, eine Anzahl Nazis ins Kabinett aufzunehmen und es für möglich halte, sich mit dieser „revolutionären" Partei über ein gemeinsames Programm zu verständigen, antwortete Gayl, er betrachte die Nazis nicht als revolutionäre Partei, ihre Führer hätten erklärt, die Verfassung zu respektieren, dem gemeinsamen Programm messe er weniger Bedeutung bei,

es genüge, ein großes gemeinsames Ziel zu haben.

Ueber die Mittel würde man sich verständigen. Wesentlich sei, daß ein Kabinett aus Persönlichkeiten bestehe, die

durch den gleichen nationalen Willen ernannt

und von der gleichen Doktrin in großen Fragen beseelt seien.

Auf die weitere Frage Sauerweins wie die Reichsregierung zulassen könne, daß viele tausend junger Leute in Hitlerabteilungen Manöverübungen abhielten und in einer Art Alarmzustand lebten, sagte v. Gayl, mit zynischer Offenheit: „diese rein sportlichen Uebungen dulden, ja wir ermutigen sie sogar!"

*

In anderem Sinne, als die Illusionisten der Eisernen Frontführung es wahrhaben wollen, ist der

31. Juli ein Entscheidungstag!

Gerade dann, wenn die Arbeiterlisten im Vormarsch sein werden, ist und vielleicht schon in den ersten Stunden nach der Wahl, der Zeitpunkt für die Verteidigung der nackten Existenz der Arbeiterbewegung mit außerparlamentarischen Mitteln gekommen.

Arbeiter und Werktätige, bereitet Euch darauf vor, laßt Euch nicht einschläfern und überrumpeln; der Terrorwahlkampf soll mit der Machtergreifung der Nazis enden — das muß und wird um jeden Preis verhindert werden!

Terrorwahltag

Versammlungs- und Aufzugsverbot in Köln am Wahlsonntag

WTB. Köln, 28. Juli.

Angesichts der großen politischen Erregung hat der Regierungspräsident für den Wahlsonntag alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel im Regierungsbezirk Köln verboten, ferner die Werbung für die Wahl durch Sprechchöre, Lautsprecher oder dergl. unter freiem Himmel, durch Flugblätter oder Plakate.

Pistolen auf Reisen — und wohin?!

Nach einem Polizeibericht aus Suhl wurden dort zwei Büchsenmacher verhaftet, die an einen Reichsbannerangehörigen in Werdau (Sachsen) 450 Pistolen über das Ausland (!) verkauft haben sollen.

Auch diese Verhaftung und ihre sensationelle Aufmachung dient der Hetzpropaganda gegen die Antifaschisten. In den Fabriken von Suhl und Zella-Mehlis, in denen Handfeuerwaffen hergestellt werden, herrscht dauernd Hochbetrieb. Über 10000 Arbeiter sind voll beschäftigt. Bis vor einigen Monaten wurden hauptsächlich Gewehre angefertigt; seitdem, wie eine Meldung der Z. M. vom 17. Juli sagt, fast ausschließlich Mehrlade-Pistolen. Die Waffen werden vornehmlich nach der freien Stadt Danzig exportiert. Auf dem internationalen Markt herrscht kein Bedarf mehr für sie. Man erinnert sich noch, daß zur Zeit des Verbots der S.A. ihr Kommando nach Danzig verlegt werden sollte. Wenn die Pistolen nach und über Danzig reisen, so weiß jeder Mensch, wer das Geld hat, die riesige Menge aufzukaufen und wo die Polizei nicht danach sucht!

Waffenfunde auf einem Nazi-Transportauto.

Berlin, 27. Juli.

Am Köllnischen Platz in Köpenick wurde heute vormittag ein von Teltow kommender Lastkraftwagen angehalten, auf dem sich 25 Nationalsozialisten befanden. Die Polizei durchsuchte die Insassen wie den Wagen und fand dabei vier Armeepistolen und einen Trommelrevolver mit Munition sowie eine Reihe von Schlagwaffen. Die Insassen wurden auf das Polizeipräsidium gebracht.

. . . und in Hamburg

WTB. Hamburg, 28. Juli.

Bei der Durchsuchung eines Verkehrslokals der Nationalsozialisten im Stadtteil Uhlenhorst wurden mehrere Schußwaffen sowie Stich- und Hiebwaffen gefunden und beschlagnahmt. 28 Mitglieder der NSDAP wurden festgenommen.

Weiter wurden in letzter Nacht sieben der NSDAP angehörende Personen festgenommen, die Passanten und Kraftwagen auf der Wandsbecker Chaussee anhielten und durchsuchten. Bei diesen Festgenommenen wurden mehrere Hiebwaffen beschlagnahmt.

Nicht antifaschistische Aktion, nicht Eiserne Front — Eiserne Rote Front! Arbeiterblock!

Vom Parteivorstand wird uns geschrieben:

Nach kümmerlichen Ansätzen in der Richtung auf die Bildung der proletarischen Einheitsfront auch bei den Bürokraten der großen Parteien, der SPD und der KPD, ist in der letzten Zeit neuerdings eine bewußte Sabotage der Einheitsfront von beiden Seiten zu verzeichnen!

Wenige Tage vor einer Entscheidung über Tod und Leben der Arbeiterbewegung ist das wahrhaft verhängnisvoll!

*

Die SPD-Führung wird nicht müde, den Massen zu erzählen, daß die Einheitsfront in der Eisernen Front verwirklicht sei. Nach der schmachvollen Kapitulation beim Preußenstaatsstreich ist das weniger richtig denn je. Nicht einmal die heute noch unter dem ideologischen Einfluß des verbürgerlichten SPD-Vorstandes stehenden Arbeiter in der SPD selbst und in den von ihr geführten Massenorganisationen vertrauen auf einen „Sieg" der „Eisernen Front". Geschweige denn die Arbeiter der KPD und die mit der KPD sympathisierenden Arbeiter. Ein Teil der eigenen Parteigänger der „Eisernen" meuterte in den letzten Tagen offen gegen die Kapitulation. Die „Eiserne" hat alle Hände voll zu tun, um die Erbitterung dieser enttäuschten kampfeswilligen SPD-Arbeiter zu besänftigen. Wenn hinter der Eisernen Front zweifellos auch heute noch das Gros der organisierten Arbeiter marschiert — es ist vollkommen klar, daß Millionen Proletarier ihr mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen, ein Mißtrauen, das nicht den kampfeswilligen Klassengenossen der Eisernen Front, sondern ihrer Führung gilt, die die mächtig aufkommende Abwehrbewegung gegen den Faschismus mit ihren parlamentarischen Versprechungen auf die Vernichtung des Faschismus mit dem Stimmzettel grausam irregeführt hat und heute noch grausam irreführt.

Die Sozialistische Arbeiterpartei bekämpft grundsätzlich und unversöhnlich die bürgerlich-demokratische Politik der Führung der Eisernen Front, sie erklärt, daß, solange die Eiserne Front nur eine andere Aufmachung der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Nebenorganisationen ist, diese Bewegung nicht einen Schritt zur Ueberwindung des Faschismus wirklich führen kann. Dies, obwohl die Mitglieder der Bewegung in der letzten Zeit leuchtende Beweise von Kampfeswillen, Kühnheit und Opfermut gebracht haben.

*

Die zweite bedeutsame Kraft, wenn auch von den Kommunisten in der der Kommunisten eigenen Selbstüberschätzung gewaltig in ihrer Aktionsfähigkeit überwertet, ist die „Antifaschistische Aktion". Es schien eine zeitlang, als ob die Kommunistische Partei ahnungsvoll davon berührt, daß der gesamten Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei mit eingeschlossen, vom vorwärtsdrängenden Faschismus die Ausrottung drohe, ihre jahrelang getriebene Selbstisolierung, ihr Sektierertum und ihren fraktionell verblendeten Kampf gegen alle nicht auf die letzten Thesen des kommunistischen Zentral-Komitees eingeschworenen Richtungen in der Arbeiterbewegung zu durchbrechen versuchen und mit der Bildung der Antifaschistischen Aktion einen überparteilichen revolutionären Flügel der antifaschistischen Abwehrbewegung fördern wolle. In dem nur den

Nazimiliz in Chemnitz

Oberbürgermeister gründet Nazi-Miliz

Auf Rundanweisung der sächsischen Regierung!

CNB. Chemnitz, 27. Juli.

Der Oberbürgermeister Arlart von Chemnitz erläßt einen Aufruf zur Bildung einer bewaffneten Bürgerwehr. In dem Aufruf heißt es: „Der Selbstschutz sei nötig, da das Polizeipräsidium mitgeteilt habe, die Polizei könne unter Umständen bei Unruhen auf dem flachen Lande, falls diese an mehreren Stellen zu gleicher Zeit auftreten sollten, so in Anspruch genommen sein, daß sie nicht rasch genug in der Lage sei, den notwendigen polizeilichen Schutz für wichtige städtische Gebäude zu stellen. Deshalb sei ein städtischer Selbstschutz zu bilden, der mit Pistolen ausgerüstet wird. Seine Ausbildung übernehme die staatliche Polizei. Alle, die diesem Selbstschutz mit oder ohne Waffe beitreten wollen, werden gebeten, sich zu melden."

*

Das ist der erste Schritt zur Bildung einer legalen faschistischen Miliz. Der Chemnitzer Polizeipräsident Schwammkrug ist ein notorischer Faschist, der seit jeher die Nazis begünstigt hat. Die Bildung des Selbstschutzes ist u. a. die Antwort auf die in Chemnitz vor kurzer Zeit erfolgte gemeinsame Riesenkundgebung der Arbeiterklasse. Wenn die sächsische Regierung entschuldigend von einer „offenbar irrigen Auslegung einer internen (!) Dienstanweisung an die sächsischen Kreishauptleute und Polizeipräsidenten" spricht, so gesteht sie damit nur, daß sie zur Gründung einer faschistischen Miliz allgemein die Anweisung gegeben hat und daß in Chemnitz nur vorzeitig der Weg in die Oeffentlichkeit beschritten wurde. Die Antwort muß die

sofortige Bildung einer proletarischen Klassenwehr

mit der kartellierten Zusammenfassung der Eisernen Front, der Antifaschistischen Aktion und des Schutzbundes als nächster Schritt sein.

Fachmännern der Kommunistischen „Strategie" voll verständlichen KPD-Jägerlatein hieß es: „Die antifaschistische Aktion soll alle Formen des proletarischen Massenwiderstandes gegen Faschismus, Hunger und Krieg zusammenfassen und zum aktiven Massenkampf entfalten. Sie soll uns die feste Organisierung einer Millionenbewegung der kämpfenden roten Einheitsfront ermöglichen. Sie soll darüber hinaus der Partei erleichtern, die Massen zum Kampf gegen jeden kapitalistischen Weg aus der Krise zu sammeln und zum Kampf für den revolutionären Ausweg, für die proletarische Revolution vorzubereiten". So hieß es in einem von Thälmann gezeichneten Aufsatz der „Internationale" „Zu unserer Strategie und Taktik im Kampfe gegen den Faschismus" und so hätten auch alle revolutionären Arbeiter die antifaschistische Aktion unterstützen können.

Jedoch schon in den Richtlinien dieser letzten Niederlegung der kommunistischen „Strategie" war zugleich ein ganzer Absatz — der Bekämpfung wirklich möglichen Einheitsfront, der „Blockbildung" gewidmet. Der Aufsatz — der alle verhängnisvollen Grundfehler der kommunistischen Politik der letzten Jahre wieder aufwärmt, von der Gefahr einer opportunistischen Verwischung der Rolle des Sozialfaschismus schwafelt, die Sozialdemokratie als Ganzes, als Hauptstütze der Bourgeoisie bezeichnet und gegen sie den Hauptstoß zu führen auffordert, das nationale und soziale Befreiungsprogramm für das unterdrückte Deutschland wieder herstellt — widmet dem Kampf gegen die Blockbildung noch außerdem ein eigenes Kapitel. Es kommt zum Schluß: „Nicht Blockpolitik, nicht und niemals Einheitsfrontpolitik nur von oben, sondern Einheitsfrontpolitik von unten auf der Grundlage der Betriebe und Stempelstellen, der Massenmobilisierung zum Kampf usw. . . ."

Danach hat auch die KPD gehandelt. Die Zentrale erließ noch am 14. Juli dazu ein Rundschreiben, in dem sie sich aufs schärfste gegen die „unverzeihlichen Fehler" der Organisationen der PKD wendet, die die Einheit um jeden Preis herzustellen versuchten. Mit eiserner Energie müsse die „revolutionäre Strategie und Taktik" in den Massen vertreten werden, keinerlei örtliche Verhandlungen dürften mit anderen Organisationen stattfinden, Vereinbarungen seien zu unterlassen, es sei denn, daß die anderen Organisationen sich der Führung der KPD unterwerfen.

Man greift sich an den Kopf und fragt sich: Wo leben die Führer des ZK der KPD? Welche verhängnisvolle Verblendung in einer Zeit, in der für eine ganze Geschichtsepoche über Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung entschieden wird.

Der Geist des verstocktesten Sektierertums, der in den angeführten Thesen und Beschlüssen zum Ausdruck kommt, hat sich auf die Antifaschistische Aktion übertragen. Sie wird trotz hoffnungsvoller Ansätze, die da waren, immer mehr zur reinen Parteifront der KPD mit allen ihren Fehlern. Die Antifaschistische Aktion enthüllt unter der Führung dieses Zentralkomitees auch ganz offen ihren Parteicharakter im Wahlkampf. Hieß es noch in dem zitierten Aufsatz: „In den Dienst der Antifaschistischen Aktion stellen wir unsere gesamte Kampagne für die Reichstagswahlen" — so wird, je näher der Wahltag rückt, desto unverhohlener umgekehrt: die Antifaschistische Aktion in den Dienst der kommunistischen Liste gestellt! Dies zu einer Zeit, wo das Verbot der KPD bereits vorbereitet ist, wo die Hetzkampagne des Faschismus täglich Breitseiten zur Vorbereitung des Verbotes losdonnert und wo der Diktatur-Apparat mit Zeitungsverboten, Verhaftungen und blutigen Beschränkungen der kommunistischen Agitation gegen die Kommunistische Partei vorgeht.

Daß daher die Sammlung der entscheidenden Schichten des Proletariats in der „Antifaschistischen Aktion" unmöglich ist, daß sie sich nicht weit über die brüchige kommunistische Parteifront entfaltet und nur ein Bruchteil des Proletariats in ihr vertreten ist, ist klar. Für die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei kann daher nur dort und nur soweit eine Unterstützung der Antifaschistischen Aktion in Frage kommen, als diese Bewegung tatsächlich den Willen zur Herstellung der Einheit der ganzen Klasse — unter besonderen lokalen Verhältnissen — vertritt, einen verblendeten Parteirummel der KPD zu unterstützen erlaubt uns unser Ziel und unsere Aufgabe nicht, die darin besteht, mit aller Kraft der Zusammenfassung der außerparlamentarischen Kräfte der Klasse zu einer wirklichen Klassenfront zu dienen.

*

Nicht die neu aufgemachten Parteifronten der SPD und der KPD können die Rettung bringen, sondern nur eine Erneuerung der revolutionären Bewegung über die verbürokratisierten Parteifronten hinaus.

Der nächste Schritt in der Abwehr gegen den Faschismus kann, da diese Parteifronten nicht von heute auf morgen zu überwinden sind, nur der Arbeiterblock sein, d. h. die kartellmäßige Zusammenfassung aller Arbeiterorganisationen unter gemeinsamen Tagesforderungen im Kampfe gegen den Faschismus. In zahlreichen Orten Deutschlands ist es nicht zuletzt dem Einfluß der SAP gelungen, diesen Arbeiterblock zustandezubringen, überall dort, wo er zustande gekommen ist, entstand eine

Eiserne Rote Front,

eine wirklich kampffähige Abwehrbewegung, entstand ein neuer Kampfesmut, eine wirkliche Barriere gegen das weitere Vordringen des Faschismus.

Was für die antifaschistische Front gilt, das gilt auch für den „Massenselbstschutz". Hier handelt es sich sehr oft nur um einen Versuch, die kommunistischen Reihen zu verbreitern, einen Versuch, der die Aktionsfähigkeit des Proletariats nicht erhöht. Unser Standpunkt ist auch hier der der Zusammenfassung der proletarischen Wehrorganisationen auf der Grundlage der Erhaltung ihrer organisatorischen Selbständigkeit. Die Bildung von Kampfeswehren und Selbstschutz-Formationen unterstützen wir in der Regel nur dort, wo diese Bildung vom Arbeiterblock der Arbeiter ausgeht, wo alle Richtungen des Proletariats daran beteiligt sind. Jede andere Bewegung ist zur Isolierung und zur Aktionsunfähigkeit verurteilt, solange noch entscheidende Teile der Klasse im reformistischen Lager stehen.

Es gibt keinen leichteren Weg und kein Ueberspringen dieser Bedingungen und Voraussetzungen der proletarischen Einheitsfront. Ganz besonders nicht einige Tage vor den folgenschwersten Klassenentscheidungen!

Arbeiter!

Demonstriert gegen das Ueberhandnehmen des Rindviehabzeichens vom Hakenkreuz.

Tragt überall Euer Parteiabzeichen das Symbol des revolutionären Befreiungskampfes!

Schafott für Gorguloff

WTB. Paris, 27. Juli.

Paul Gorguloff, der den Präsidenten der Republik, Doumer, erschossen hat, ist heute abend vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden.

Der Prozeß vor den Pariser Geschworenen, der jetzt mit dem Todesurteil nach dreitägigen Verhandlungen seinen Abschluß fand, begegnete vor allem darum weitestem Interesse, weil er die Verantwortlichkeiten an dem Attentat klarstellen sollte.

Bekanntlich war die Verantwortlichkeit für das Attentat damals sofort von der gesamten Bürgerpresse den Bolschewisten zugeschoben worden, wodurch die antisowjetrussische Hetze zeitweise bisher nie erlebte Formen annahm. Als diese Behauptungen nicht aufrechterhalten werden konnten, setzte ein Vertuschungsmanöver ein und wurde Gorguloff plötzlich für geisteskrank erklärt. Auch diesen Manövern war indessen nur ein sehr kurzer Erfolg beschieden. Die Nachforschungen nach dem Vorleben des Attentäters ergaben mit eindeutiger Klarheit, daß Gorguloff aus dem Kreise der Antibolschewisten stammte und daß er Doumer erschoß, um Sowjetrußland in außenpolitische Schwierigkeiten zu bringen.

*

Der erste Verhandlungstag hat zunächst nur bestätigt, daß Gorguloffs Verbindung zu Bolschewisten oder Revolutionären niemals erwiesen werden konnte. Trotzdem scheint es das Gericht noch immer darauf anlegen zu wollen, eine solche Verbindung herzustellen, wobei namentlich die in der Voruntersuchung gemachte Aussage des Kosaken Lazarew eine Rolle spielt, der Gorguloff als einen Agenten der Tscheka bezeichnete. Gorguloff erklärte hierzu: „Das ist gelogen!" Lazarew sei ein Spitzel, ein Agent der Monarchisten. Ueber seine Flucht aus Rußland äußert sich der Angeklagte: „Ich habe die Grenze während einer Nacht überschritten. Die Rotgardisten haben auf mich geschossen, mich aber nicht getroffen. Ich bin dann nach Warschau gegangen und habe dort mit russischen Demokraten verkehrt. In Polen habe ich meine Studien fortgesetzt."

„Ich habe allein gehandelt"

Zum Attentat selber macht Gorguloff folgende Angaben: Einen Tag vor dem Attentat sei er in Paris herumgeirrt und habe schließlich in der Notre-Dame-Kirche für seine Idee gebetet. An dem betreffenden Freitag habe er sich dann nach der Rothschild-Stiftung begeben. Auf die Frage des Vorsitzenden: „Sind Sie ganz nahe an den Präsidenten herangetreten und haben Sie aus unmittelbarer Nähe auf ihn geschossen?" antwortete der Angeklagte: „Darauf besinne ich mich nicht. Es ist wohl möglich. Ich habe nur den Kopf des Präsidenten der Republik gesehen." Der Vorsitzende fuhr fort: „Ein höherer Polizeibeamter hat Ihnen einen Faustschlag ins Gesicht gegeben. Trotzdem haben Sie noch drei Schüsse abgefeuert." Gorguloff erwiderte: „Ich erinnere mich an nichts." Der Vorsitzende fragte: „Sie wußten doch, daß dieser Greis im Krieg für die Sache der Alliierten und Rußlands vier Kinder hingegeben hatte?" Gorguloff anwortete: „Gott ist mein Zeuge, daß ich in meinem Sinn keinen Groll gegen Herrn Doumer hatte. Ich habe nicht ihn getötet, sondern den Mann, der die verhängnisvolle Politik gegen Rußland lenkte, denjenigen, der die kommunistische Tyrannei billigte. Ich habe allein gehandelt, ich habe mit den russischen Heeren für Frankreich gekämpft."

Der antibolschewistische Kronzeuge versagt

Zu dramatischen Szenen kam es am zweiten Verhandlungstag, als der Kosak Lazareff als Zeuge aufgerufen wurde Der Zeuge sagt unter anderem aus: Gorguloff habe ihn in Rostow am Don, wo er Chef der Tscheka gewesen sei, mit dem Revolver bedroht, um eine Aussage von ihm über ein falsches Ausweisdokument zu erlangen. Gorguloff habe zu ihm gesagt: „Wenn du Schwein nicht die Wahrheit sagst, schieße ich dich kurz und klein". Er, Lazareff, habe aber nicht die Wahrheit über die gefälschten Dokumente sagen wollen, um nicht diejenigen zu belasten, die ihm bei der Fälschung geholfen hatten. Darauf habe Gorguloff ihn geohrfeigt und ihn mit einem Gewehrkolben niedergeschlagen. Später habe er ihn, um seine Aussagen zu erpressen, mit Nadeln gestochen und mit einer Kerze verbrannt.

Als der Präsident die Frage an den Zeugen richtet, ob er Gorguloff unter seinem jetzigen Namen in Rostow gekannt habe, sagt dieser aus, man habe ihn nur unter dem Namen Kamerad Mongole gekannt.

„Ich habe diesen Mann nie gesehen"

Gorguloff, vom Präsidenten befragt, was er auf diese Aussage zu erwidern habe, entgegnet überaus erregt: „Das ist eine Lüge, eine Provokation. Ich habe diesen Mann nie gesehen. Er ist bezahlt von den Monarchisten. Man will mich noch vor dem Tode entehren. Ich bin zu traurig, meine Seele ist zerbrochen."

Darauf erhebt sich der Verteidiger des Angeklagten und weist auf den Umstand hin, daß der Zeuge Lazareff in vorgelegten Photographien Gorguloffs aus der betreffenden Zeit ihn nicht wiedererkannt habe. Gorguloff bricht bei diesen Worten in Tränen aus und ruft noch einmal laut: „Das ist eine Tragödie." Lazareff erklärt, auf einmal recht schwankend, er entsinne sich nicht mehr genau an alle diese Umstände!!

Nach der Vernehmung Lazareffs werden die ärztlichen Gutachter vernommen. Der erste von ihnen erklärt, keinerlei Geistesgestörtheit bei Gorguloff gefunden zu haben, so daß er für seine Tat voll verantwortlich sei. Diese Verantwortlichkeit wird zwar auch von den beiden übrigen Sachverständigen festgestellt, doch bezeichnen sie Gorguloff als einen phantastischen, absonderlichen Menschen. Dagegen bekunden die von der Verteidigung geladenen Aerzte, darunter ein bekannter, große Autorität genießender Irrenarzt, daß Gorguloff ein Psychiater, ein Verfolgungs- und Größenwahnsinniger sei, was auf die Geschworenen einen sichtbaren Eindruck macht.

Der Generalstaatsanwalt bleibt dabei, daß Gorguloff ein Bolschewist sei

Mit der Erklärung Lazareffs, daß er sich nicht mehr entsinnen könne, war dem Staatsanwalt das ganze Konzept seiner Anklage verdorben. Der einzige Zeuge, den er zur Stützung seiner These vorführen konnte, war ein kläglicher Reinfall. Doch dieser Staatsanwalt gab seine These darum noch nicht auf. Am dritten Verhandlungstag blieb er bei seiner Meinung, Gorguloff sei ein Bolschewist, wenn er auch keine ausreichenden Beweise hierfür hat.

Er, Gorguloff, sei nicht wahnsinnig, wohl ein Fanatiker, aber doch ein Mörder. Die Frage laute, ob er das Schafott zu besteigen habe, oder ob er in die Strafkolonie geschickt werden müsse.

Gorguloff habe mit Vorbedacht und in vollem Bewußtsein der Tragweite gehandelt. Im Namen der trauernden Nation stelle er den Antrag auf Todesstrafe. Er lehne die Bewilligung mildernder Umstände für Gorguloff ab. Die Geschworenen dürften sich durch die Bewilligung mildernder Umstände nicht entehren. Für Gorguloff komme nicht die Strafkolonie, sondern nur das Schaffott in Frage.

„Tötet mich"

Die Verteidiger des Präsidentenmörders Gorguloff gaben sich redliche Mühe, ihren Klienten vor dem Schafott zu retten. Während der etwa 1½stündigen Ausführungen der beiden Verteidiger gestikulierte Gorguloff wie ein Wilder und unterbrach die Reden andauernd durch seine Zurufe: „Tötet mich!" Als der Vorsitzende Gorguloff nach Beendigung der Verteidigungsschlußworte fragte, ob er noch etwas zu sagen habe, erklärte er lediglich: „Ich habe nur den einen Wunsch, wie ein Soldat erschossen zu werden". Das Urteil nahm Gorguloff ruhig und nach außenhin mit völliger Teilnahmslosigkeit entgegen.

*

Das Urteil wurde der Pariser Oeffentlichkeit in Sonderausgaben der Abendblätter mitgeteilt, die den Zeitungsverkäufern auf den großen Boulevards buchstäblich entrissen wurden.

Opfer des Imperialismus

Der Untergang der „Niobe"

Die anfängliche Hoffnung, daß noch ein Teil der bei dem Untergang des Segelschulschiffes „Niobe" 69 Vermißten durch dänische Fischerboote gerettet worden sein könnte, hat sich nicht bestätigt.

Alle 69 sind in den Fluten des Meeres umgekommen.

Ueber die näheren Umstände des Untergangs wird jetzt ein Bericht des Kapitäns des Handelsschiffes „Therese L. M. Rusz" bekannt, der den Schiffsbrüchigen die erste Rettung gebracht hat. Nach diesem Bericht bemerkte der Kapitän des Handelsschiffes um 2.30 Uhr eine dunkle Wolke, die ihm Unheil zu verkünden schien. Auf 1800 Meter Entfernung sichtete er im gleichen Augenblick die „Niobe", die durch Signal sich erkundigte, woher sein Schiff komme. Das Signal sei nur für wenige Sekunden sichtbar gewesen.

In demselben Augenblick setzte eine schwere Gewitterbö ein, bis zu Windstärke 9. Ich sah, wie die Bö in die Segel der „Niobe" einfiel und wie das Schiff kenterte.

„Ich fuhr sofort mit äußerster Kraft nach der Unfallstelle hin. Während dieser Fahrt machte ich meine Rettungsboote klar. Alle Leute, die mir zur Verfügung standen, gingen in die Rettungsboote, so daß ich als Kapitän und der Koch allein auf der Kommandobrücke standen.

Die Rettungsboote eilten nach der Unfallstelle hin und begannen dort mit der Bergung der im Wasser schwimmenden Menschen. Von Bord des Feuerschiffes Fehmarn-Belt war auch ein Rettungsboot gekommen, das sich an den Rettungsarbeiten beteiligte. Vom Kentern bis zum Sinken des Schiffes vergingen nur zwei bis drei Minuten. Alle Offiziere, bis auf den Kommandanten und den Ersten Offizier, sind ertrunken. Die im Wasser treibenden Menschen waren gute Schwimmer. Sie haben sich

teilweise über eine Stunde schwimmend an Riemen usw. gehalten.

Einer der Geretteten stand in Lee vor der Kombüse, und beim Kentern des Schiffes wurde er von kochendem Wasser überbrüht und vollständig verbrannt. Aber auch dieser konnten gerettet werden. Die Leute befanden war der rechte Arm ausgekugelt. Von den Leuten sind eigentlich nur die an Deck befindlichen gerettet worden. Sechs Mann kamen noch aus dem Zwischendeck heraus und konnten geretet werden. Die Leute befanden sich beim theoretischen Unterricht im Zwischendeck. Zu diesem Zweck waren die Backen und Banken heruntergeschlagen worden. Als die Rettungsboote mit den Geretteten an Bord meines Dampfers kamen, wurden sie von uns nach Möglichkeit gestärkt und erquickt. Die Leute hatten beim Schwimmen, im Wasser treibend, sich ihrer Kleidung entledigt, so daß der größere Teil nackt an Bord gezogen wurde.

*

Wie immer aus solchem Anlaß, durchschwirren Beileidskundgebungen die Welt. Hindenburg versichert dem Chef der Marine-Leitung, daß „das Andenken der in treuer Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes dahingegangenen Kameraden stets in hohem Andenken gehalten wird", dasselbe telegraphiert Schleicher, der dafür seinerseits wieder Beileidskundgebungen von fast allen ausländischen Regierungen empfängt und den Anlaß zur Herausgabe eines Erlasses benutzt. Alles, was er darin zu sagen hat, gipfelt in den elegischen Worten: „Ihr Opfer weist uns den Weg: Alles für Deutschland." Es ist die alte Verwechslung, die man immer wieder bei den Militärs findet und die Heer und Flotte einfach mit „Vaterland" gleichsetzt, während diese doch nur die Krallen sind, mit denen der imperialistische Kapitalismus sich überall bewaffnet, und zwar bewaffnet, indem er der Bevölkerung das Notwendigste zum Leben vorenthält. Nein, auch diese Opfer starben so wenig für das „Vaterland", wie die Millionen, die von den Maschinen des Weltkrieges dahingemäht worden sind. Sie sind ein Fraß des Imperialismus, der auch im Frieden immer wieder seinen Tribut verlangt, und auch nur so erhalten Schleichers Worte: „Ihr Opfer weist uns den Weg" einen Sinn.

Polizei schießt in Erwerbslosen-Kundgebung

Ein Toter und zahlreiche Verwundete

Ruhla, 27. Juli.

Die Erwerbslosen Ruhlas wollten heute durch einen Umzug gegen die vom Reich verordneten Unterstützungs-Kürzungen protestieren. Durch Flugblätter waren die Belegschaften der Betriebe zu einem einstündigen Sympathiestreik aufgefordert worden. Die Polizei schoß auf die Demonstranten, dabei wurde ein Demonstrant durch Kopfschuß lebensgefährlich verletzt, mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt.

Ein weiterer Sozialdemokrat abgesägt

Die „Säuberungsaktion" der Papen-Schleicher geht weiter. In Magdeburg wurde soeben der sozialdemokratische Polizeipräsident Dr. Bärensprung seines Amtes enthoben. Die Liste der Landräte, die ebenfalls abgesägt werden sollen, ist fertiggestellt. Ihre Veröffentlichung steht unmittelbar bevor.

Unsere braunen Provokateure

Geplanter Nazlüberfall gegen die Neulandsiedlung — Genosse Kalinke und ein Reichsbannermann von Nazis überfallen — Heines und die Polizei

Breslau, 28. Juli.

Gestern nachmittag hatte sich unser Genosse Kalinke mit einigen Bekannten Ecke Wilhelmshafener und Grimmstraße in Bischofswalde verabredet. Etwas verspätet fuhr er mit seinem Rade von Zimpel in die Grimmstraße und bemerkte dort einen Trupp von 20 Mann in Arbeiterkleidung, der in der Richtung auf die Siedlung „Neuland" zu marschierte. An Zeitungspaketen „Der deutsche Arbeiter" erkannte er, daß es sich um Nazis handle.

Die Nazis begannen darauf in der „Gewerkschaftssiedlung Neuland" Zeitungen zu verteilen. Als sie zu wiederholten Malen von der Bewohnerschaft darauf aufmerksam gemacht worden waren, die Verteilung zu unterlassen,

da die gewerkschaftlich organisierten Bewohner der Siedlung darin eine schamlose Provokation der Arbeiterschaft erblickt,

stellte die Hitlerbande die Verteilung der Zeitungen ein und trieb sich in der Siedlung herum.

Genosse Kalinke kam gerade per Rad von seiner Verabredung zurück. In dem Augenblick, wo er den Trupp Nazis überholen wollte, wandten die braunen Banditen einen ihrer üblichen Provokationstricks an.

Einer Passantin wurde ein Bein gestellt, sie stürzte zu Boden. Genosse Kalinke sprang ab und wollte ihr zu Hilfe eilen, daraufhin fielen die Hitlerbanditen mit Schlagringen über den Genossen Kalinke her. Er wurde schwer verletzt und mußte sich mit offenen Kopfwunden in ärztliche Behandlung begeben. Ein Reichsbannerkamerad wollte ihm zu Hilfe eilen und wurde ebenfalls verletzt.

Als die Bewohnerschaft, die inzwischen mobilisiert war, heranrückte, um die beiden Ueberfallenen zu befreien, ergriff die feige Nazibrut die Flucht.

Es ist festgestellt worden,
daß sich die Nazis bei diesem Ueberfall im Besitze von Hieb- und Schußwaffen befanden.

Es ist weiter festgestellt worden,
daß zur selben Zeit in Grüneiche sich ein Trupp Nazis mit Ziegelsteinen bewaffnete, um wahrscheinlich bei diesem Angriff auf Arbeiter respektive gegen die „Siedlung Neuland" mit einzugreifen.

Es ist darüber hinaus festgestellt worden, aus Gesprächen von Nazis, daß die braune Mordpest planmäßig Ueberfälle auf Funktionäre der Arbeiterparteien in Zimpel und Bischofswalde vorbereitet.

Die gestrigen Vorfälle in der Siedlung Neuland haben bewiesen, daß in der Stunde der Gefahr die Arbeiterschaft zusammensteht. Reichsbannerkameraden, Kommunisten und SAP-Arbeiter waren bereit, die Angriffe abzuwehren. Wo bleiben aber die Spitzen der Parteien? Wo bleibt der Arbeiterblock? Es ist höchste Zeit, daß er geschaffen wird!

Ein weiterer Überfall

Heute Nacht wurde unser Genosse K. M. in der Herdainstraße von einem Trupp Nazis in Räuberzivil überfallen und mit Gummiknüppelschlägen nicht unerheblich verletzt.

Befiehlt Heines die Polizei?

Uns wird gemeldet, daß die Polizei gestern Nacht aus uns bisher nicht bekannten Gründen in der Bohrauer Straße gegen ein Nazilokal eingeschritten ist. Die im Lokal anwesenden braunen Banditen wurden verhaftet und auf zwei Autos geladen. Als der Wagen gerade im Begriff war loszufahren, war der Fememörder Heiens erschienen und hatte sich mit dem die Aktion leitenden Polizeioffizier äußerst freundschaftlich unterhalten. Das Resultat dieser Unterhaltung? Man lud die Verhafteten wieder ab und fuhr sang- und klanglos davon.

Das Polizeipräsidium wird der proletarischen Oeffentlichkeit über diese Vorfälle Aufklärung geben müssen.

Rudolf Günther

das Opfer eines feigen Feuerüberfalles der Nazis ist seiner schweren Verletzung erlegen.

Breslau, 28. Juli.

In den frühesten Morgenstunden des gestrigen Tages ist der 20jährige Arbeitersportgenosse Rudolf Günther in der Chirurgischen Abteilung der Universitätsklinik an den Folgen seiner Schußverletzung, die ihm an dem berüchtigten Mittwoch, dem 22. Juni, die Nazimordbanditen beibrachten, gestorben.

Nur zu deutlich können wir uns an die Vorfälle vom 22. erinnern. Damals befand sich unser jugendlicher Sportgenosse — der übrigens in keiner Partei organisiert ist — in der Uferstraße in der Nähe eines marschierenden Nazimordhaufens, aus dessen Mitte plötzlich auf die Arbeiter ein mörderisches Feuer eröffnet wurde. Den Jugendgenossen traf ein Steckschuß in die Lunge. Er mußte sich einer schweren Operation unterziehen, an deren Folgen er jetzt nach 5 Wochen verstorben ist.

Im Frühjahr dieses Jahres hatten — auch an diesen Vorfall erinnern wir uns nur allzu deutlich — Nazizettelverteiler den Vater des Jugendgenossen, den Klassengenossen Hermann Günther, vor seiner Wohnungstür stillschweigend niedergeschossen.

Die Arbeiterschaft Breslaus beklagt im Sportgenossen Rudolf Günther einen Kämpfer für die Idee des proletarischen Klassenkampfes.

Mit geballten Fäusten, schmerzzerrissen stehen wir an der Bahre dieses neuen Blutopfers.

Mit geballten Fäusten geloben wir an seiner Bahre, daß der Tag einst kommen wird, an dem das geeinte Proletariat mit dem faschistischen Mordgesindel und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufräumen wird.

Unversiegelte Wertpakete

Breslau, 27. Juli.

Die Oberpostdirektion Breslau weist darauf hin, daß Wertpakete mit Wertangabe bis zu 300 RM. ohne besonderen Verschluß als unversiegelte Wertpakete mit der Post versandt werden können. Der Wert darf nur auf der Paketkarte, nicht auf dem Wertpaket angegeben werden. Außer der Paketgebühr wird eine Versicherungsgebühr von 10 Rpf. erhoben. Bei Verlust oder Beschädigung wird Ersatz geleistet wie für ein Wertpaket.

Zeitkarten der Straßenbahn

Die Zeitkarten der städtischen Straßenbahn für den Monat August 1932 werden in den bekannten Verkaufsstellen zu den üblichen Tageszeiten verkauft. Am Sonnabend, den 30. Juli, und Montag, den 1. August 1932 ist die Verkaufsstelle Elisabethstraße 4 von 8—18 Uhr geöffnet.

Proleton-Vorschau

Ab Freitag, den 29. Juli, zeigt das Proleton ein Standardwerk. Der Film „Kameradschaft" behandelt die größte Bergwerkskatastrophe aller Zeiten, das Grubenunglück von Courrieres in Frankreich am 12. März 1906. Ueber 1200 Kumpels fanden bei dieser Katastrophe den Tod. Obgleich die Gefährlichkeit dieser Grube bekannt war, ließ die Zechenverwaltung die volle Belegschaft einfahren. So gut wie alle eingefahrenen Bergleute fanden bei dieser Schlagwetterexplosion den Tod. Die Rettungsmaßnahmen der Grube selbst waren ungenügend. Deutsche Bergleute von der Zeche Herne 1/2 führten zum größten Teil die Rettungsarbeiten aus. Jaurès schrieb damals: „Diese deutschen Bergleute sind in den brennenden Schacht herabgestiegen, sie sind in den tödlichen, verpesteten Abgrund eingefahren, sie haben Leichen geborgen, sie haben in Not und Gefahr mit ihren französischen Brüdern ein neues Band der Gemeinschaft zwischen den Arbeitern Frankreichs und Deutschlands geknüpft." Diese heut historischen Dokumente der Solidarität der Arbeit sind im Filmkunstwerk „Kameradschaft" verwendet worden. Es dürfte keinen Arbeiter geben, der sich nicht diesen Film einmal ansieht.

Terrorurteil

WTB. Görlitz, 27. Juli.

Vor dem Schnellrichter hatten sich neunzehn der KPD angehörende Handwerker und Arbeiter wegen Aufruhrs und wegen Teilnahme an einem nicht genehmigten Umzug zu verantworten.

*

Selbst diese „Beweisaufnahme" ergab nur die „Schuld" von zwei Angeklagten. Das Gericht verurteilte den Kaufmann Erich Kundt zu acht Monaten Gefängnis und den Invaliden Max Biela zu einem Jahr Zuchthaus.

Einzige Schuld der Verurteilten, daß sie am 15. Juli d. J. an einem von Kommunisten gebildeten Zuge teilgenommen, der von der Polizei mit Hilfe des Gummiknüppels auseinandergeknüppelt wurde.

Das „ehemalige Vorstandsmitglied" der SAP in Breslau

Breslau, 28. Juli.

„Das ehemalige Vorstandsmitglied der SAP, Jacobsen, im Rundfunk zu hören, ist gegenwärtig nicht möglich", kündigt die „AZ" an, aber im Circus Busch werde er für die KPD sprechen und mit der SAP abrechnen . . .

Jedoch auch das ist, und nicht nur gegenwärtig, nicht möglich. Denn einmal war Jacobsen nie im Leben Vorstandsmitglied der SAP, und zweitens kann er am allerwenigsten mit der SAP abrechnen, dazu fehlt ihm aber auch alles.

Nach seinen eigenen Angaben stand er bis 1928 auf dem nationalistischen Flügel der SPD und gehörte — dem Nickisch-Kreis an. Dann wurde er Linker, kam in die SAP, und da hier nicht alles nach seinen ebenso plötzlich erwachten ultralinken Neigungen ging, desertierte er zur KPD. Dort ist die Heimat aller Subjektivsten! Dort beschwört er, was er noch gestern in der SAP heftigst an der KPD verurteilt und angegriffen hat. Eine typische politische Wetterfahne. Wer weiß, wo er morgen schon stehen wird . . .

Deshalb werden wir ihn mit seiner KPD im Circus Busch alleine lassen. Kennzeichnend für die Breslauer KPD-Strategen, daß sie am Vorabend der Endauseinandersetzungen mit dem Faschismus den „Hauptstoß" gegen die revolutionäre SAP richten! Unbelehrbare Sektierer!

Zirkus Straßburger

Breslau, 28. Juli.

Wer von uns Proleten geht nicht gern einmal in den Zirkus, auch wenn die Zirkuskunst heute nur auf dem Boden der bürgerlichen Kultur und bürgerlichen Gesellschaft erwachsen sein kann. Mit seinen vielen Elefanten, mit der tollen Mannigfaltigkeit der exotischen Tierwelt und seiner Romantik des Trikos, der Jongleure, der Clowns ist er in Breslau eingezogen und wird heute abend feierlich mit einer Vorstellung eröffnen. In unseren Jugendtagen sind wir gern in den Zirkus gegangen, haben uns gefreut an der Pracht der Pferde, an der Buntheit der Völker, Inder, Chinesen, Neger und Japaner. Warum sollen wir es nicht heute tun?

Die Eintrittspreise sind relativ der Wirtschaftskrise angepaßt. In der Nachmittagsvorstellung darf man schon für 40 Pfennig auf einen billigen Platz. Erwerbslosen, Kleinrentnern und Kriegsbeschädigten werden bei Vorzeigung ihres Ausweises zu allen Abendveranstaltungen nur halbe Preise berechnet. Diese Maßnahme der Zirkusleitung wird von der Breslauer Arbeiterschaft bestimmt begrüßt werden.

„. . . und der Sieg wird unser sein"

Überfüllte Jugendversammlung

Breslau, 28. Juli.

Schon eine halbe Stunde vor Beginn war der Saal gefüllt. Unter stürmischem Applaus nahm Gen. Frank das Wort zu dem Thema „Her mit dem Block aller jungen Antifaschisten und der Sieg wird unser sein."

Nach einer gründlichen und überaustreffenden Charakterisierung der heutigen politischen Lage behandelte Gen. Frank die Aufgaben der Arbeiterschaft. Die Jugend muß den Alten vorangehen, sie muß den Weg zeigen. Nach einer Darstellung des Versagens der großen Arbeiterparteien und nach der Untersuchung der Ursachen für das Versagen zeigte Gen. Frank die Perspektive der Arbeiterbewegung auf. Die Arbeiterschaft wird nur siegen, den Faschismus nur verhindern können, wenn sie sich zusammenschließt, wenn sie den starren Dogmatismus, das Nichtstun auf der einen Seite und das Sektierertum, die Isolierungspolitik auf der anderen Seite überwindet.

In der Diskussion sprach ein ganz prominenter KJV-Vertreter aus Berlin, ein Mitglied des ZKs. Aber wie der zweite Diskussionsredner vom KJV sagte, es war, wie übrigens auch bei ihm, die „alte Walze, die er abrollte".

Nach einem glänzenden Schlußwort, in dem Gen. Frank die aufgeworfenen Fragen sachlich behandelte, wurde diese prächtige Versammlung mit dem Gesang der Internationale geschlossen.

Vor dem Bereitschaftsgericht

Arbeiter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt

Breslau, 28. Juli.

Wie wir bereits berichteten, haben vorgestern bei verschiedenen Angehörigen der KPD, die zum Stadtteil Ost gehören, Haussuchungen stattgefunden. Der Polizeibericht sprach davon, daß man „mehrere illegale Broschüren" gefunden habe. Die bürgerliche Presse posaunt es in alle Welt hinaus: die Druckschriften seien „hochverräterischen Inhalts gewesen". Das kleinbürgerliche Gemüt liest es und schaudert. Gerüchtweise verlautet aber, daß man die beschlagnahmten Drucksachen dem Oberreichsanwalt in Leipzig zugestellt habe. Ein Klassengericht wird zusammentreten, ein Klassenurteil wird sich würdig an die endlose Kette der bisherigen Terrorurteile reihen.

Wie wir erfahren, hat die Polizei bei einem der hausgesuchten Genossen sogar den 2. Band der „Militärpolitischen Schriften" von Friedrich Engels beschlagnahmt. Was war hier hochverräterischer? Der Titel oder der Name des Verfassers? Fürwahr Groteske reiht sich an Groteske.

Gleichzeitig waren bei den Haussuchungen ein Karabiner, eine Pistole und ein „schwerer Artilleriesäbel" gefunden. Drei KPD-Genossen, der Bauarbeiter Ernst Neuendorff, der Bauarbeiter Karl Reiß und der Schmied Waldemar Schmidt, bei denen die Waffen gefunden waren, hatten sich gestern vor dem Bereitschaftsgericht wegen Waffenbesitzes zu verantworten.

Den Karabiner mit zirka hundert Schuß Infanteriemunition hatte man bei Neuendorff im Kleiderschrank gefunden. Obgleich festgestellt wurde, daß der Beklagte von der Ablieferungsvorschrift für Waffen erst in allerletzter Stunde erfahren hatte, obgleich ihm der Wortlaut der Waffenablieferungsvorschrift völlig unbekannt war, obgleich er, da er mit Notstandsarbeit beschäftigt war, gar nicht die Möglichkeit hatte, noch nachträglich den Karabiner abzuliefern, hielt der Amtsanwalt, Assessor Nugel, den Vorsatz zur Nichtablieferung der Waffen für erwiesen. Neuendorff wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Pistole war beim Bauarbeiter Reiß gefunden worden. Es stellte sich nun während der Verhandlungen heraus, daß es eine der Pistolen war, die nach dem Naziüberfall auf Kommunisten an der Oder — wir haben über diese Vorfälle bereits vor einiger Zeit in unserer Zeitung berichtet — von den Nazijünglingen beim Erscheinen der Polizei in die Oder geworfen war. Die Kommunisten hatten damals nach Abzug des Ueberfallkommandos die Waffen hervorgeholt und als Beweisstücke bei sich behalten. Von der Ablieferungsvorschrift hat der Arbeiter Reiß keine Kenntnis gehabt. Trotzalledem wurde er ebenfalls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Zum Schluß kam der Fall mit dem „schweren Artilleriesäbel" zur Verhandlung. Da die Herkunft der Waffe nicht ganz geklärt werden konnte — Frau Schmidt hatte eine von ihrem Manne abweichende Aussage gemacht — wurde das Verfahren vor dem Bereitschaftsgericht aufgehoben und der Staatsanwaltschaft überwiesen. Der ominöse Fall „schwerer Artilleriesäbel" wird also vor einem ordentlichen Gericht verhandelt werden.

Die 47 Proletarier, die vorgestern in der Beilfalestraße verhaftet wurden, werden sich demnächst vor dem Schnellschöffengericht wegen Teilnahme an einer nicht gemeldeten Versammlung zu verantworten haben.

Frauenkundgebung

Breslau, 28. Juli.

In einer Frauenkundgebung der Breslauer SAP in der Monistischen Gemeinde sprach am Mittwoch die Berliner Fürsorgeärztin, Gen. Dr. Käthe Frankenthal. Die Referentin gab eine anschauliche Darstellung über die Zusammenhänge zwischen Krise und Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und die sofort mit ihrem Einbruch einsetzende Zertrümmerung der sozialen Einrichtungen. Habe es früher geheißen: Gehe zum Arzt und beuge Krankheiten rechtzeitig vor, so sei mit der Einführung der Krankenschein- und Rezeptgebühr der gerade gegenteilige Grundsatz zur Praxis erhoben worden. Das Arbeiterleben verdiene vom Standpunkt des Kapitalismus eben nur so lange Schonung, als dieser die Arbeitskraft als Ausbeutungsobjekt brauche. Nun, da der Kapitalismus für Millionen ohnehin keine Arbeit habe, falle jede Rücksicht weg und werden die sozialen Aufwendungen als Geldverschwendung betrachtet. Nie seien die Krankenhäuser so leer gewesen wie in dieser Zeit. Bereits fehle es auch nicht an Stimmen, die daraus folgern, daß die Hungerkur der Arbeiterklasse gut bekomme. Die Wirklichkeit ist, daß infolge des Unterstützungsabbaus die Arbeiter einfach nicht mehr in der Lage sind, sich in Krankenhauspflege zu begeben und daß sie auch schon aus Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes Krankheiten verschleppen und Gesundheit simulieren. In diesem Zusammenhang machte die Referentin interessante Mitteilungen über die Stellung der Nazis zur Gesundheitsfrage und zur Bevölkerungspolitik. Die von ihnen propagierte Lösung lautet: Nur der Kerngesunde habe ein Recht auf Existenz. Das Schwächliche müsse verkommen. Das ist nicht nur einfach, sondern vor allem auch billig. Es sei eines der großen, sich jetzt bitter rächenden Versäumnisse der SPD, daß sie selber die Hand dazu geboten habe, den Abbau der sozialen Einrichtungen zu vollziehen, was sie freilich nicht hindere, jetzt „Freiheit" zu rufen.

Das Referat fand eine außerordentlich interessierte und dankbare Zuhörerschaft. Wirkungsvolle Rezitationen der „Roten Wespen" sowie der gemeinsame Gesang der Internationale gaben der Veranstaltung einen schönen Abschluß.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telef.: 17 Wedding 2472
Freitag, den 29. Juli
8.30 Uhr
Der Vulkan
Gartenöffnung 5.30 Uhr
Konzert und Varieté 6.45 Uhr
Drei arme kleine Mädels

HAUS VALERIANO
Das Symphonie Restaurant Berlin
BESITZER KUMBINSKI

Prater-Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
„Walzer-Paradies"
mit Charlotte Susa, Szöke Szakall, Ernst Verebes, Grete Theimer. Dazu:
„Väter und Söhne"
mit Rudolf Rittner.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Werbt Abonnenten

Tödlicher Motorradunfall

Goldberg, 27. Juli.

Bei einem Motorradunfall, der sich bei Neudorf am Rennweg ereignete, erlitt der Lehrer Paul Bormann aus Goldberg einen doppelten Schädelbruch. Er verstarb im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Bormann war auf dem Soziussitz eines von seinem Sohn gesteuerten Motorrades mitgefahren. Dieses stieß am alten Zollhaus in Neuhaus mit einem anderen Motorrad zusammen. Bormann wurde auf die Straße geschleudert. Sein Sohn erlitt Beinverletzungen; eine auf dem anderen Motorrade mitfahrende Frau trug einen schweren Kieferbruch davon, während der Fahrer unverletzt blieb. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

„Westfront 1918".

Diesen Antikriegsfilm kannst du in einer Morgenfeier der PKO am Sonntag, den 7. August, in der „Skala" sehen.

Besorge dir rechtzeitig Karten im Vorverkauf.

Das ist kein Ausweg

Görlitz, 27. Juli.

Aus wirtschaftlicher Not hat sich die 65 Jahre alte Witwe Marie Hampel durch Leuchtgas vergiftet. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Ein Kind vom Auto tödlich überfahren

Bolkenhain, 27. Juli.

Sonntag abend wurde das 2½ Jahre alte Töchterchen des Arbeiters Gustav Renner von hier von einem Auto tödlich überfahren. Das Kind soll direkt in das Auto hineingelaufen sein, so daß der Führer den Wagen nicht rechtzeitig zum Halten bringen konnte.

6-jähriger Knabe in einen Steinbruch gestürzt

Groß-Strehlitz, 27. Juli.

Während des Spielens stürzte der 6jährige Knabe Josef Kraka in den etwa 25 Meter tiefen Steinbruch der schlesischen Kalkindustrie. Das Kind erlitt einen Genickbruch und der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter Rad- u. KraftfahrerBund „Solidarität" Ortsgruppe Breslau.

Aus Anlaß der wichtigen Reichstagswahlen besteht am Sonntag für die gesamte Ortsgruppe Startverbot.

Achtung! Donnerstag, den 4. August, Bahnrennen in Lilienthal, jede Abteilung bezw. jedes Mitglied hat zu erscheinen, da alles gefilmt wird. Der Start ist um 16 Uhr an der Elbingstraße (Straßenbahndepot). Bundesgenossen, welche um diese Zeit nicht erscheinen können, kommen später.

KABA das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
Jetzt billiger: 30 und 60 Pfg. das Paket
zu haben bei
Kolonialwaren • Spirituosen • Zigarren
Karl Kirchner
Edeka-Geschäft — Brandenburgerstraße 21

Distrikt 28: Distriktsversammlung Freitag, den 29. Juli, im Heim Hirschstraße. Referent anwesend. Erscheinen ist Pflicht.

Distrikt 38: Freitag, den 29. Juli, Distriktsversammlung im Lokal Nickel, Opitzstr. Referent anwesend.

Parteigenossen von Brieg!

Nicht schwarz-weiß-rot,
Nicht schwarz-rot-gold
Die rote Fahne aufgerollt.

Wählt Liste 17

Parteigenossen, werbt für einen starken Besuch unserer am Freitag, den 29. Juli, 20 Uhr, im Saale des Deutschen Hauses stattfindenden

Oeffentlichen Wählerversammlung.

Redner: Genossin Käthe Frankenthal, Genosse Eduard Weckerle. Thema: „Der Weg aus dem Elend". Unkostenbeitrag 10 Pfg.

Rote Wespen: Achtung! Probe fällt Sonnabend aus, dafür zur selben Zeit wichtige Parteiarbeit. Näheres erfährt ihr bei Genossen Rettig oder im Parteibüro.

Verantwortlich: R. Pfaff, Breslau; für Inserate Herbert Scholz, Breslau. **Verlag:** „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.50 Porto monatlich.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebert Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 367 66.

Ausgabe der Eintrittskarten zur Antikriegs-Morgenfeier, **Freitag**, von 18—19 Uhr. Kartenvertriebsleute können sich noch melden.

Achtung, Distriktsführer!

Freitag, den 29. Juli von 9—11 Uhr, Material abholen im Parteibüro. Jeder Distrikt muß vertreten sein.

Abt. Zimpel u. Bischofswalde: Heute Donnerstag, 17.30 Uhr, Treffen aller Radfahrer zur Landagitation. Morgen Freitag melden sich alle Genossen und Genossinnen bei unseren Vertrauenspersonen zum Verkauf der Wahlzeitung.

Distrikt 1: Alle erwerbslosen Genossen sind Freitag, 7.30 Uhr im Heim. Genossen, die am Sonntag in Wahllokalen tätig sind, melden dies umgehend dem Distriktsführer.

Distrikt 14: Alle Genossen und Funktionäre müssen Donnerstag, den 28. Juli im Lokal von Bauer, Steinauer Str. 6, zwecks Abrechnung bestimmt anwesend sein.

Lest die SAZ

Zwickau

Mit dem **26. Juli 1932** verlegen wir unser Hauptgeschäft von Wilhelmstraße nach
Inn. Schneeberger Straße 15
Wie bisher, werden wir auch fernerhin bemüht sein, unsere werte Kundschaft jederzeit zufrieden zu stellen. Sei es in zeitgemäß guten, billigen Artikeln oder in preiswerten Qualitätswaren. Wir führen Fabrikate fast aller maßgebenden Fabriken und bitten, uns auch weiterhin zu unterstützen.
Schokoladen-Vertrieb
Bach & Werner, Zwickau
Hauptgeschäft: Inn. Schneeberger Str. 15. Fernruf 2818
1. Filiale: Nordstraße 13
2. Filiale: Wilhelmstraße 49
3. Filiale: Äußere Plauensche Straße 13
4. Filiale: Inn. Schneeberger Straße 2
Warenabgabe an Wiederverkäufer und Vereine zu äußerst billigsten Preisen nur Innere Schneeberger Straße 15

coffeinfrei und daher völlig unschädlich.
10% billiger
zu haben bei
Joh. Hammerling
Grünstraße 16, Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft
Kolonialwaren
Weine — Spirituosen

Wo decke ich meinen Bedarf?

SÜD U. SÜDWEST

Erste
Breslauer Lohnwäscherei
liefert Ihnen im Weißein der Hausfrau in ½ Tage die große Wäsche schrankfertig!
Großer, geschützter, sonniger Trockenplatz steht Ihnen zur Verfügung.
Rufen Sie noch heute an!
Arnold Schmidt
Fernruf 341 58 Hubenstr. 2, Tor 7

Obst und Südfrüchte
G. Janitz Lehmgrubenstr. 62

Kolonialwaren — Spirituosen
Edeka-Geschäft Martin Fleischer, Augustastraße 90.

Kauft Lacke, Farben nur beim Fachmann
Erich Hoffmann
jetzt Bohrauerstraße 38
Telefon 35279

ODERTOR U. SCHEITNIG

Richard Karsunky & Co
Möbel
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiasstr.

Fahrräder bei mir schon ab 31.50
Barzahlungen, Ersatz- und Zubehörteile ganz besonders billig
Achten Sie genau auf die Adresse **Paul Eichler Adalbertstr. 26**

Fr. Fleisch- und Wurstwaren
Karl Kilimpke
Hirschstraße 70

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten"
Richard Elison
Matthiasstraße 161/163

Reserviert!
Nr. 101

Richard Gelse Fr. Fleisch- u. Wurstwaren
Bismarckstraße 24

Bäckerei u. Konditorei Karl Pusch
Hedwigstraße 32
Filialen: Sternstraße 122 — Carlswitzermarkt 11

Alles für Haus und Küche
nur im **Kaufhaus am Dom**
immer billig und gut. (Bei Abgabe der Sammelkupons Extrarabatt)

ZENTRUM

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche — Überall** empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Grübschener Straße 19/21 • Bohrauer Straße 43 • Poststraße 7 • Holteistraße 14

Underwood
Standard u. Portable
Schreibmaschinen
neue billige Preise
A. Wollmann,
Mikolaistraße 14.

Kinderwagen · Kinderbetten
Korbmöbel · Liegestühle
Jonas, Reuschestr. 40 (am Königsplatz)

Genossen! **Fleisch- u. Wurstwaren**
nur bei
Reinhold Reichelt
Neumarkt 14

Schuh-Reparaturen
nur
Schuh-Hilfe, Neumarkt 16
Fachmännische Leitung

Sport und Funk
billigste und beste Bezugsquelle für alle
Sportartikel und Radio-Geräte
Schweidnitzer Straße 20/21
(neben der Dorotheenkirche)

Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine nur bei
Carl Jos. Kessler, Inh. O. Klein
Friedrich-Wilhelmstr. 18, Klosterstr. 47
Markthalle Gartenstr., Stand 125/126.
Bismarckstraße 27

Drogen Farben Foto **Matthias** Gartenstraße 10

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 6/10

Leserinnen und Leser der SAZ!

Schneidet untenstehende Kupons aus!
Tragt sie bei Euch!
Gebt sie in den Geschäften ab!
Ihr unterstützt damit Eure Zeitung und ermöglicht Ihren Ausbau.

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen unsere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Erwerbslose und Rentner fordern Arbeiterblock

Instrukteur der KPD im U.-Bez. Zwickau, Gen. Wienhold tritt aus der KPD aus

Am Montag, den 25. Juli, sprach in Niederhaßlau (So.) der Genosse Max Seydewitz zu über 300 Erwerbslosen und Rentnern über „Kampf allem Unterstützungsabbau! Gegen Notverordnungen und Papendiktatur". Genosse Seydewitz demonstrierte in lebendiger Form die großen Zusammenhänge zwischen Politik, Staatsform und Wirtschaft und deren Auswirkung auf die staatserhaltenden Parteien. Eben weil der Einfluß der Arbeiter in der demokratischen Republik besonders in der verschärften Wirtschaftskrise geringer und geringer ward, wurde die Schuld daran nicht im Versagen des kapitalistischen Systems erkannt, sondern auch in breiten Arbeiterschichten faßte die Meinung Fuß: daran ist schuld das Novembersystem und, wie die Nazis sagen, der Marxismus. Darum müssen wir die Konsequenzen daraus ziehen, müssen abschütteln alle parlamentarischen Illusionen, das Schwergewicht des Kampfes nicht auf Mitarbeit im Parlament zu legen, sondern der Kampf muß darum gehen, um den Sturz des versagenden kapitalistischen Systems und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsform, für Bildung des Kampfblockes aller Arbeiterorganisationen. Nur so wird es gelingen, den Faschismus endgültig zu schlagen, das morsche System der Kapitalisten zu stürzen und dem Sozialismus den Weg zu bahnen. Reicher Beifall ward diesen Ausführungen des Genossen Seydewitz zuteil.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Papenregierung hat den Ausnahmezustand verhängt. Durch diese Maßnahme soll der Massenkampf der Arbeiter gegen die faschistische Notverordnungspolitik, gegen den fortwährenden Lohnabbau, Beschäftigungssteuer, Unterstützungs- und Rentenabbau unterdrückt werden.

Die Tatsache, daß die Führer der SPD und des ADGB vor den konterrevolutionären Maßnahmen der Bourgeoisie und ihrer Papenregierung vollständig kapitulierten, hat eine ungeheure Empörung der Arbeiter in den Betrieben, Gewerkschaften und Stempelstellen hervorgerufen. Die Arbeiterschaft will Massenaktionen in Betrieb und Stempelstelle.

Die bürgerliche Tagespresse hetzt zum Verbot revolutionärer Arbeiterorganisationen und bringt die Meldung, daß die Papenregierung die KPD, SAP und RGO verbieten will. Die heute, den 25. Juli 1932, im Gasthof „Stadt Zwickau" anwesenden Erwerbslosen und Rentner geloben sich und fordern alle Arbeiter auf, die Legalität der revolutionären Arbeiterorganisationen mit allen Mitteln zu verteidigen. Im Kampf um die eigenen Interessen der Arbeiterschaft erblicken wir den schärfsten Protest gegen die Verbotsabsichten der Papen und Schleicher."

*

Soweit wäre alles schön und gut, wenn die Genossen der KPD endlich lernen würden, dem Ernst der Lage entsprechend sich ehrlich auszusprechen für die gemeinsame Front der kämpfenden Arbeiter. Aber weit gefehlt. Am 27. Juni hat die KPD mit uns als Organisation gemeinsam demonstriert. **Heute lehnen sie dasselbe wieder ab. Heute wollen sie**

nicht mehr mit uns als Organisation zusammen arbeiten,

sondern nur noch mit unseren Arbeitern. Deutlicher kann man nicht den Parteiegoismus zum Ausdruck bringen, der in der jetzigen Situation am wenigsten am Platze ist. Aber damit nicht genug, die KPD muß ja auch beweisen, daß sie wirklich Zersetzungspolitik, entgegen der Auffassung aller Arbeiter, treiben kann und will. Das bezeugt der Teil ihrer eingereichten Resolution, welcher von allen anwesenden, auch den kommunistischen Arbeitern, abgelehnt wurde. Im Anschluß betr. des RGO-Verbots hieß es weiter:

„Das ist die Antwort der Bourgeoisie auf die aktive Massenarbeit der RGO in den Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaftsorganisationen, wo die RGO immer mehr die Massen erobert (!). Gleichzeitig ist das eine Belohnung der verräterischen Gewerkschaftsführer, für die schamlose Kapitulation vor der Konterrevolution und der Regierung Papen. Die bürgerlichen und faschistischen Pressen sprechen ihnen offen den Dank aus für die Preisgabe der Lebensinteressen der gesamten Arbeiterschaft.

Die RGO ist eine überparteiliche gewerkschaftliche Kampfbewegung. In ihren Reihen sind hunderttausende von Arbeitern aller Parteien und gewerkschaftlichen Richtungen. Mit dem Verbot der RGO will die Bourgeoisie den wirtschaftlichen Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen unmöglich machen, um sie der hemmungslosen kapitalistischen Ausbeutung zu unterwerfen."

Den Kommentar zu diesen marktschreierischen Auslassungen über die bedeutungslose RGO können sich die Leser selbst bilden. Und das erkennen nicht nur die KPD-Arbeiter, sondern auch die ehrlichen Funktionäre der KPD.

Einen wahren Beifallssturm rief es hervor, als der Gründer der KPD-Ortsgruppe, bis vor kurzem ihr Vorsitzender und letzter Instrukteur der KPD im U.-Bezirk Zwickau, der Genosse Paul Wienhold erklärte, diese Zersetzungspolitik der KPD nicht mehr mitmachen zu können. Daß er sich auch weigerte für eine Einheitsfrontpolitik mit allen Arbeiterorganisationen, die die KPD nicht will, einzusetzen und er daraus die Konsequenzen daraus zieht und seinen Posten als Vertreter der KPD im Erwerbslosenrat und Aktionsausschuß niederlege und damit aus der KPD ausscheide.

Damit aber dem Treiben und der wahren aktiven revolutionären Kraft [illegible] gehen, erhielt der Vorsitzende des Erwerbslosenrates, Genosse Baumann (SAP), vor, den Genossen Wienhold an Stelle eines parteilosen Arbeiters, der gerade in Arbeit gefunden hat, in den Erwerbslosenrat mit Sitz und Stimme zu entsenden. Unter der lebhaftesten Zustimmung der Versammlung und Bereitwilligkeitserklärung seitens des Genossen Wienhold wurde dieser Vorschlag gegen vier Stimmen angenommen. Für die KPD wurde als Vertreter in den Erwerbslosenrat Genosse Richard Meier gewählt.

Der Verlauf dieser Versammlung, welche von vielen Kommunisten besucht war, hat treffend gezeigt, daß die Arbeiter nichts wissen wollen von sturer, engstirniger Parteipolitik, sondern ihr sehnlichster Wunsch und Wille ist es, daß alle Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus geschlossen zu stehen haben. Nur die Parteileitungen sind es noch, die der Parole der SAP Widerstand leisten — den Kampfblock aller Arbeiterorganisationen zu bilden. Wer dafür ist, daß die Kampfkraft der Arbeiterklasse im revolutionären Sinne gestärkt wird, gibt darum am 31. Juli seine Stimme der SAP Liste Nr. 17.

Kommunistische Arbeiter!

Vom 14. September 1930 bis zum 24. April 1932 hat Eure Partei in Preußen allein 300 000 Stimmen verloren.

In der gleichen Zeit war die Zahl der Erwerbslosen von 2,7 auf über 6 Millionen gestiegen.

In der gleichen Zeit hat der Schrittmacher des Faschismus, Brüning, der Arbeiterklasse im Dienst des Großkapitals und der Junker Schlag auf Schlag versetzt, Löhne und Unterstützungen in unerhörter Weise herabgesetzt. In der gleichen Zeit hat die sozialdemokratische Partei Brüning durch dick und dünn toleriert.

In der gleichen Zeit hat sich der Niedergang des Kapitalismus in einem gewaltigen Schrumpfen der Produktion und des Außenhandels, im Zusammenbruch seiner größten Bank- und Industrie-Konzerne offenbart . . . In der gleichen Zeit hat sich drüben in Sowjet-Rußland gezeigt, daß eine siegreiche Arbeiterklasse die Macht behaupten und die Voraussetzungen für den Sozialismus gegen eine Welt von Feinden auch unter den größten Schwierigkeiten erfolgreich durchsetzen kann.

In der gleichen Zeit wurde überall in der kapitalistischen Welt der bürgerlich-demokratische Parlamentarismus immer mehr abgebaut, der Bürgerkriegspanzer gegen die drohende proletarische Revolution, und der Kriegspanzer für die Wiederholung der Abenteuer des Imperialismus aufreizend ausgebaut.

Alles dies und vieles andere mehr hat die Richtigkeit der Auffassungen des revolutionären Marxismus erwiesen.

Wir fragen Euch, wie ist es zu erklären, daß die KPD unter solchen Umständen statt eines Zuwachses von Millionen einen nach hunderttausen, den zählenden Verlust zu verzeichnen hat? Daß sie vom Faschismus zehnmal überflügelt und selbst vom Reformismus in den Betrieben zurückgedrängt, daß sie völlig aktionsunfähig wurde?

Und wir antworten Euch: weil die KPD trotz des revolutionären Willens ihrer Mitglieder, trotz ihrer revolutionären Traditionen, heute nur noch eine sozialdemokratische Partei mit umgekehrten Vorzeichen ist, weil das papierene Bekenntnis zu revolutionären Zielen nichts hilft, wenn die ganze Politik der Partei mit ihrem Sektierertum, mit ihrer Selbstisolierung vom Gros der in den Massenorganisationen gesammelten Arbeiter, mit ihrem ultralinken Kraftmeiertum, der Erreichung dieser Ziele ständig entgegenwirkt.

Damit wird der revolutionären Sache unsagbarer Schaden zugefügt, der Reformismus am Leben erhalten und das Wachstum der faschistischen Konterrevolution begünstigt.

Kommunistische Arbeiter, protestiert gegen diese Politik, demonstriert gegen Eure verblendete Führung, indem Ihr

für die Liste 17 stimmt.

Je mehr Stimmen auf die Liste 17 entfallen, desto eher werden auch in der KPD die Kräfte der Gesundung erstarken.

Loyale und ehrliche Zusammenarbeit

Die dem Papen-Regime nahestehende und darum wohl informierte Presse feiert den Ausgang der Stuttgarter Länderkonferenz einmütig als einen weiteren großen Triumph der Junker-Diktatur. Papen, so wird versichert, sei es gelungen, die Front der süddeutschen Länderregierungen auseinander zu bringen und die Länderregierungen auf eine staatspolitische Linie zu zwingen." Dieser Rückzug werde zwar durch „wilde Reden" etwas verschleiert, was im Hinblick auf die Rücksichten des Wahlkampfes begreiflich, praktisch aber ohne Bedeutung sei. In diesem Sinne wird das Ergebnis auch von der Berliner Börsen-Zeitung gedeutet, die noch vor wenigen Tagen von Papen schärfstes Eingreifen gegen die unwilligen Länderregierungen gefordert hatte. Die „loyale und ehrliche Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern ist", so erklärt das Blatt, „absolut sicher gestellt."

Reichstagspräsident in Klaggestan verboten

WTB. **Braunschweig, 27. Juli.**

Die von der Eisernen Front für morgen abend geplante öffentliche Versammlung mit dem Reichstagspräsidenten Löbe als Redner ist vom braunschweigischen Innenminister verboten worden, „weil Gefahr bestehe, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet werde."

Der Flugzeugkonstrukteur Hirth verunglückt

Böblingen, 27. Juli.

Bei der Prüfung eines neukonstruierten Motors wurden durch den plötzlich anlaufenden Propeller dem bekannten Konstrukteur Helmut Hirth beide Unterarme gebrochen. Sein Zustand ist nicht lebensgefährlich.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

2) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Und 120 Kilometer hinter der Front, hinter den Bataillons-, Divisions-, Armeestäben, im Gebäude der Obersten Heeresleitung, in dem alle Fäden zusammenlaufen, in einem Zimmer des Hotels Britannia in Spa, steht ein Mann über Karten und Berechnungen gebeugt: derselbe preußische Feldwebeltyp, dasselbe Feldwebelgesicht, nur gepflegter — glattrasierte schwere Backen, ein kleiner Stutzbart, Uniform mit den roten Streifen des Generalstäblers, Ordenssterne an der Brust. Er überfliegt noch einmal die Linien, Schraffierungen und Punkte, die Armeen, Stellungen, Reserven bedeuten, packt eine Anzahl schnell hingeworfener Skizzen und Notizblätter zusammen und übergibt sie einem Obersten.

Ein Soldat hilft ihm in den Mantel, er nimmt seine Mütze entgegen und verläßt mit dem Obersten das Zimmer.

Vor dem Hotel hält ein Automobil.

Auf der Station wartet ein Extrazug.

Die beiden Generalstäbler steigen ein.

Die schwere Maschine setzt sich in Bewegung. Nach kurzer Anfahrt reißt sie die zwei angehängten Wagen — einen Telegraphen- und einen Salonwagen — in rasendem Tempo über die Landschaft. Von entgegengesetzter Richtung kommen Züge — keuchende Maschinen, endlos scheinende Wagenkolonnen. Die Züge sind beladen mit Zement, Grubenholz, Munition, mit einem immer noch nach Westen ziehenden Strom von Truppen.

Auf verstopften Stationen ist die Durchfahrt freigemacht worden. Auf Nebengleisen liegen Truppen- und Gütertransporte, warten nach der Heimat bestimmte Lazarettzüge. Auf den Bahnsteigen stehen Soldaten um Brunnen, um fliegende Küchen des Bahnhofsdienstes. Auf allen Stationen dasselbe Bild. Die Soldaten auf den Bahnsteigen stapfen mit den Füßen am Boden auf oder sitzen auf Tornistern und Gepäckstücken. Und alle sprechen über ein und dasselbe: über das Essen, über die Offiziere, über den Frieden. Neugierig sehen sie dem vorbeijagenden Extrazug mit den verhängten Fenstern nach.

„Ein großes Tier!" konstatierten sie.

Nur beim Durchfahren der großen Städte verringert die Lokomotive ihre Fahrt, geht aber dann immer wieder auf Höchstgeschwindigkeit. Nach vier Stunden rollt der Zug donnernd über die lange Rheinbrücke bei Köln.

Der Mann aus Spa sitzt im Salonwagen, eine kaltgewordene Zigarre zwischen den Lippen. Eine Ordonnanz kommt herein und legt Streifen eben aufgenommener Telegramme auf den Tisch:

zwischen argonnen und maas heftige angriffe der amerikaner — heeresgruppe kronprinz rupprecht hinter die lys zurückgegangen — ostende tourcoing roubaix douai geräumt — zwischen le cateaux und der oise ist die schlacht in vollem gange —

Die Ordonnanz geht wieder in den Telegraphenwagen zu dem dort arbeitenden Obersten zurück. Der Mann im Salonwagen, der seit zwei Jahren in rastloser Tätigkeit die Bewegungen der deutschen Truppen geleitet, der noch vor acht Wochen sechzig Generälen der Westfront den Abschied gegeben hat, beeilt sich nicht, die einlaufenden Nachrichten durchzusehen. Ohne sie gelesen zu haben, weiß er, daß jede verrinnende Stunde einen Hammerschlag in die Front bedeutet. Zurückgelehnt sitzt er und starrt ins Leere. Schwer und wie fremd fühlt er die Last seines Fleisches. Er ist müde geworden.

Einen Tag später, am 17. Oktober 1918:

Der Mann aus Spa fährt vor der Reichskanzlei vor: Die Posten präsentieren das Gewehr. Die Kanzleidiener hinter den hohen Glastüren stehen bewegungslos wie Statuen. Nachdem der Mann mit den Generalsitzen an ihnen vorbeigegangen ist, flüstert einer: „Das ist er — — der Generalquartiermeister — — Ludendorff!"

Der Erste Generalquartiermeister, General Ludendorff, steht vor den Mitgliedern des Kriegskabinetts, vor den Männern der neuernannten Volksregierung. Die Sitzung wird vom Reichskanzler Prinz Max von Baden präsidiert. Neben dem Kanzler sitzt der Vizekanzler v. Payer, zu beiden Seiten des Tisches die Staatssekretäre und Minister. Die patriotische Linke ist durch den Sozialdemokraten Scheidemann vertreten.

Die Kabinettsmitglieder stellen Fragen.

Der geschlagene General antwortet:

„Der Krieg ist kein Rechenexempel . . . was wirklich eintrifft, weiß kein Mensch . . . vielleicht bekommt Deutschland auch wieder einmal Soldatenglück . . . zwar sind Löcher von vier Kilometer Breite in der Front entstanden, aber der Feind hat nicht durchgestoßen . . . wir sind zurückgedrängt worden, aber es ist gut abgelaufen . . . man darf die Amerikaner nicht überschätzen . . . die 41. Division, das war Stimmungssache. Die Division hat Grippe gehabt. Es fehlten ihr Kartoffeln . . . Ich hoffe, daß der Tankschrecken überwunden wird. Ist die Stimmung in der Truppe wieder hergestellt, so machen sich Teile von ihnen, so die Jägerbataillone und Gardeschützen, geradezu einen Sport daraus, die Tanks abzuschießen . . . Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinüberkommt und es in den Winter hineingeht, so sind wir fein heraus . . . Alles kommt darauf an, was uns die Heimat noch gibt. Es ist eine Menschenfrage!"

Die Westfront bricht zusammen.

Die Verbündeten fallen ab.

Die Menschenreserven sind verbraucht.

Der General bettelt um letzte 600 000 Mann.

Da sitzt er — — Uniform, Ordenssterne, den „Pour le mérite" an der Brust. Sein schweres, fleischiges Gesicht ist unbewegt. Wenn er die Mitglieder des Kriegsrats ansieht, kommt sein Blick schief unter den halbgeschlossenen Lidern hervor. Der Kriegsminister, der Staatssekretär der Marine, der Admiral v. Scheer, der aus dem Osten gerufene General Hoffmann sind Soldaten. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden steht im Generalsrang, aber er trägt seine Uniform nicht. Und die andern alle — der Vizekanzler, die Staatssekretäre und Minister — sind Zivilisten. Einer ist Rechtsanwalt, der andere ein Richter, ein dritter Zeitungsschreiber; der sozialdemokratische Staatssekretär war einmal Buchdrucker.

Was will der jetzt schon wieder, dieser Zentrumsmann?

Der Zentrumsführer Gröber, ein Achtzigjähriger mit langem, weißem Bart, richtet seine großen Brillengläser auf den Ersten Generalquartiermeister. Er spricht über die schlechte Stimmung bei den Truppen.

„Vor allem die Verpflegung . . . besonders die Offizierskantinen, da kann sich der Offizier mit Nahrungs- und Genußmitteln versehen. Wenn der Soldat kommt, heißt es, das ist nicht für dich . . . läßt sich dieser Gegensatz nicht beseitigen?"

Ludendorff sieht die Minister an, — diese Herren sehen auch nicht so aus, als ob sie ihre Mittagsration an der Gulaschkanone holten!

Aber er beantwortet geduldig die Anfrage:

„Im Schützengraben essen ja Offizier und Mann aus derselben Feldküche. Daß der Stab sich die Sachen besser zubereiten läßt, ist doch zu verstehen. Man wird uns nicht zumuten, aus der Feldküche zu essen. Aber was recht und billig ist, drücken wir durch. Doch das Schlimmste ist, es gehen Gerüchte um, die einem Ehre und Reputation abschneiden können . . ."

Der Reichskanzler mahnt die Herren zur Sache:

„Ich bitte, nicht in Details zu gehen. Dazu fehlt uns die Zeit!"

Ueber die Westfront wird debattiert, über die besetzten Gebiete im Osten, über die Möglichkeit, durch Zurückziehen der Osttruppen dem Westen neue Kräfte zuzuführen.

(Fortsetzung folgt.)

An alle Jungarbeiter!

Zwangsarbeit droht! – Jugend heraus!

Der deutsche Kapitalismus ist bankrott!

Die deutschen Kapitalisten sind nicht mehr in der Lage, mit den bisherigen Mitteln ihre Profitwirtschaft aufrechtzuerhalten. Der Zeitpunkt ist gekommen, von dem Karl Marx sagt, daß die Bourgeoisie unfähig ist „zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihren Sklaven die Existenz selbst innerhalb ihrer Sklaverei zu sichern". Arbeitslosigkeit und Hunger, das ist es, was der deutsche Kapitalismus den deutschen Arbeitern und besonders der arbeitenden Jugend beschert.

Schon wieder steigt die Zahl der Erwerbslosen. Eine Million Jugendlicher befinden sich außerhalb der Betriebe. Hunderttausende von ihnen haben nie im Produktionsprozeß gestanden!

Die Herausnahme der Jugendlichen aus der allgemeinen Arbeitslosenversicherung und die dadurch hervorgerufene weitere Verschlechterung ihrer sozialen Lage erscheint der herrschenden Klasse als beste Voraussetzung für den „freiwilligen" Arbeitsdienst.

Freiwillig? Jawohl, freiwillig! Wer nicht verhungern will, dem steht es frei, Arbeitsdienst zu leisten. Unter der Maske der Freiwilligkeit verbirgt sich der Zwang, aus sozialer Not für die herrschende Klasse Zwangsarbeit zu leisten. Denn Zwangsarbeit ist es, für Bettelpfennige, unter militärischer Bewachung, von Offizieren geführt, aus Gulaschkanonen gefüttert, produktive Arbeit zu leisten.

„Arbeitsdienstverweigerung soll mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft,

Vergehen im Dienst mit Gefängnisstrafe nicht unter 1 Monat geahndet werden."

Das sind die Forderungen der Befürworter der Arbeitsdienstpflicht.

Heute schon sind mehr als 50 000 Jugendliche vom Arbeitsdienst erfaßt.

Noch in diesem Jahre sollen es 120 000 werden

Das Gesetz für die Arbeitsdienstpflicht ist bereits in Vorbereitung. Alle Jugendlichen von 18 bis 25 Jahren sollen mit Spaten und Picke für 50 Pfg. am Tag bei Dörrgemüse und Kommißbrot „körperlich, seelisch und wehrhaft ertüchtigt werden". Denn

„Arbeitsdienstpflicht heißt Wehrhaftmachung des deutschen Volkes" (Seldte)

Arbeitsdienst ist die Vorstufe zur allgemeinen Wehrpflicht, sagt der General Schleicher!

Stahlhelm, Jungdo, Wehrwolf, SA sind die begeisterten Verfechter der Arbeitsdienstpflicht.

Warum?

Weil „ein straff diszipliniertes Arbeitsheer von arbeitslosen Jugendlichen" (Hugenberg) geschaffen werden soll, das als Lohndrücker und im geeigneten Fall als Streikbrecherarmee fungieren wird.

Weil der deutsche Jungarbeiter wehrhaft für den nächsten Krieg vorbereitet werden soll.

Billiges Maschinenfutter, williges Kanonenfutter, das ist der Sinn der Zwangsarbeit,

die man heute noch „freiwillig" nennt.

Was wird getan? Was ist zu tun?

ADGB und SPD setzen sich für den Freiwilligen Arbeitsdienst ein.

Reichsbanner und Sportler bilden selbst Arbeitslager.

Die Sozialistische Arbeiterjugend hat ihren Mitgliedern die Teilnahme am Freiwilligen Arbeitsdienst freigestellt und erleichtert damit der Reaktion den Versuch, die proletarische Jugend für ihre kapitalistischen und militaristischen Ziele einzuspannen.

Der Kommunistische Jugendverband erkennt zwar die Gefahr, aber er ist unfähig, praktische Wege der Abwehr zu zeigen, vor allem deshalb,

weil er die einzige Möglichkeit der Abwehr, die Schaffung der einheitlichen Front aller jugendlichen Arbeiter

ebenso wie die sozialdemokratischen Jugendführer sabotiert.

Vom Tage seiner Gründung an ruft der

Sozialistische Jugendverband Deutschlands

zur Schaffung dieser einheitlichen Front, zur Bildung überparteilicher Jugendkartelle gegen Faschismus und Arbeitsdienst. Aber alle Versuche und schon geschaffenen Ansätze wurden immer wieder von den Bürokratien der Jugendorganisationen zerschlagen.

Noch ist es nicht zu spät!

Wir rufen allen Jugendlichen zu: Unterstützt uns in unserem Bemühen um die kämpfende Einheit. Zwingt eure Organisationen zur Teilnahme an überparteilichen Kartellen. Mobilisiert die Masse der Jugendlichen für folgende Forderungen:

Wiederaufnahme der Jugendlichen in die Arbeitslosenversicherung!

Erhöhung der Löhne und Gehälter der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge!

Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge!

Für die 30 Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich!

Statt Panzerkreuzer und Kirchen Bereitstellung größerer Mittel für Notstandsarbeiten für erwerbslose Jugendliche.

Wiedereröffnung geschlossener Betriebe auf Staatskosten unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen!

Wir sind uns bewußt, daß wir diese Forderung nur durchsetzen können im gemeinsamen Kampf mit den Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft. Insbesondere sind es die freien Gewerkschaften, die berufen wären, unseren Kampf zu unterstützen.

Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen!

Helft mit, die revolutionären Kräfte in diesen Organisationen zu unterstützen und jene zu verdrängen, die sich dem revolutionären Kampf hemmend entgegenstellen.

Die Front gegen den Arbeitsdienst ist nur ein Teil jenes Kampfes, den die Arbeiterklasse gegen Reaktion und faschistischen Terror führt. Auch er kann nur im Sinne der Arbeiterklasse entschieden werden, wenn der

Kampfblock aller Arbeiterorganisationen als die Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats

geschaffen wird. Diesen Gedanken der Einheitsfront haben wir deshalb auch im jetzigen, vielleicht letzten Wahlkampf der alten Verfassung mit allem Nachdruck herauszustellen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat den Kampf für die Einheit der proletarischen Klasse am klarsten und entschiedensten vertreten. Darum bekennt sich der Sozialistische Jugendverband Deutschlands zu dieser Partei und kämpft, wenn auch als selbständige Organisation, so doch in engster Waffenbrüderschaft mit ihr.

SAP. bedeutet nicht Zersplitterung der Arbeiterklasse,

SAP. bedeutet vielmehr Zusammenfassung aller kampfgewillten Arbeiter für den Arbeiterblock!

Deshalb am 31. Juli:

alle Stimmen für die Liste 17!
Alle Kräfte für den Sieg der SAP!

Sozialistischer Jugendverband Deutschlands. Reichsleitung.

Warum in Liegnitz?

Wann folgt Breslau?

Auch in Liegnitz war es nicht so einfach, zu einer Einheitsfront zu kommen. Wenn sie jetzt doch, trotz aller Hindernisse, zustandegekommen ist, so liegt das nicht nur an der rührigen Tätigkeit unserer dortigen SJV-Genossen, sondern auch an dem vernünftigen Verhalten (man stelle nur den Breslauer KJV daneben!) der Genossen des KJV. So schloß sich die proletarische Jugend in einem sozialistischen Jugendkartell zusammen und trat am Dienstag das erstemal mit einer Kundgebung gegen die Arbeitsdienstpflicht, die nur durch Handzettel bekanntgegeben war, an die Oeffentlichkeit.

Vor mehr als 500 Jugendlichen — der große Volkshaussaal war voll besetzt — eröffnete der Versammlungsleiter die Kundgebung. Das erstemal, so sagte er, seien hier alle proletarischen Richtungen der Jugendbewegung zu gemeinsamem Handeln zusammengekommen und es wird vom Verlauf dieser Kundgebung im wesentlichen abhängen, ob die Einheitsfront der Liegnitzer proletarischen Jugend eine dauernde sein wird. Nach einem Fanfarenmarsch und dem gemeinsamen Gesang der Internationale ergriff Genosse Georg Schlohlaut vom KJV das Wort. In packenden Worten schildert er die Not der Jungarbeiter, die mit dem Arbeitsdienst nicht beseitigt, sondern vergrößert würde. Aber wir verzweifeln nicht, wir gehen nicht ins Wasser, wir drehen nicht den Gashahn auf, wir begehen nicht Selbstmord, wir wollen kämpfen. Er schloß mit den Worten: In roter Front vorwärts Genossen, wir tragen die Zukunft.

Genosse Hans-Breslau vom SJV behandelte ausführlich die Gefahren der Arbeitsdienstpflicht. Lohndrückerei, Streikbruch und militaristische Erziehung, das blüht der Jugend. Die Gefahren des heute schon praktizierten „freiwilligen" Arbeitsdienstes sind deshalb so groß, weil die Grenze zur Dienstpflicht so leicht zu verwischen ist. Die proletarischen Jugendorganisationen würden durch die Arbeitsdienstpflicht zerschlagen, weil ihnen die besten Funktionäre geraubt werden. Auch die Gewerkschaften würden vollkommen unterhöhlt, da sie kaum noch einen Kampf mit Erfolg bestreiten könnten. Deshalb kämpfen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Arbeitsdienstpflicht, die doch keine Linderung der Arbeitslosigkeit bedeutet. Unser Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht ist aber nur ein Teilkampf, die Gefahren können nur mit dem Sturz des kapitalistischen Staates beseitigt werden. Hier hat die Jugend in der Organisierung des Kampfes eine große Aufgabe: sie muß der erwachsenen Arbeiterschaft mit gutem Beispiel vorangehen und sich zusammenschließen, so wie Ihr hier in Liegnitz.

Genosse Haude von der SAJ zeigt dann nochmals mit aller Schärfe auf, daß es nicht das wirtschaftliche, sondern das politische Moment ist, welches die Bourgeoisie zur Arbeitsdienstpflicht drängt. Er zeigt dann die Gefahren der Kasernierung auf und appelliert an die Eltern, die oft genug auch die militaristische Erziehung befürworten, indem sie für ihren Jungen die Militärdienstpflicht wünschen. Gen. Haude spricht sich dann in sehr scharfen Worten gegen eine Rechtsdiktatur aus und will alle Kräfte eingesetzt wissen im Kampfe für den Sozialismus.

Alle drei Redner hatten stürmischen Beifall. Der Versammlungsleiter, Gen. Beiersdorf von der SAJ, gibt seiner Freude Ausdruck über die gelungene Veranstaltung. Er sagt dann wörtlich:

„Die Einheitsfront muß bestehen. Wer sich gegen sie stellt, über den wird die Masse einfach hinweggehen."

Nach dem Absingen des Liedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" verabschiedet sich die Jugend der „Eisernen Front" in der Hoffnung, daß die Einheitsfront ehrlich weitergehe, mit einem kräftigen „Freiheit!", das die revolutionäre Jugend mit einem „Rot Front" beantwortet.

Und die Genossen gingen nach Hause in dem Bewußtsein, wieder einen Schritt weiter zu sein, sie gingen nach Hause in der stillen Hoffnung, daß die erwachsene Arbeiterschaft von Liegnitz bald ihrem Beispiel folgen werde, daß die Jugend in den großen Städten sich ebenfalls zusammenschließe, daß sich die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands vereine zum gemeinsamen Kampfe gegen Faschismus für den Sozialismus.

Wir freuen uns über den Kampfgeist der Liegnitzer proletarischen Jugend. Aber warum kann das, was man in Liegnitz macht, nicht auch in Breslau geschehen? In Breslau ist es uns leider noch nicht gelungen, zu gemeinsamen Handlungen mit den Genossen aus der „Eisernen Front" zu kommen. In Breslau lehnt der KJV eine kartellmäßige Bindung — wie sie z. B. in Liegnitz ist — entschieden ab. Warum?

Generalmobilmachung in Bolivien

Boenos Aires, 28. Juli.

Nach einer Meldung aus La Paz ist in Bolivien die allgemeine Mobilmachung angeordnet worden. Sämtliche Streitkräfte seien auf dem Marsch nach der Grenze mit Ausnahme von zwei Regimentern und den Ersatzreserven. Wie in La Paz verlautet, soll die Kriegserklärung an Paraguay am 6. August erfolgen, da bis zu diesem Datum mit der vollständigen Durchführung der Mobilisierung gerechnet wird.

Japanisierung der Mandschurei

Tokio, 27. Juli.

Das Kabinett hat beschlossen, daß der japanische Oberbefehlshaber in der Mandschurei provisorisch den Titel eines bevollmächtigten Sondergesandten erhält. Er wird die südmandschurische Eisenbahn kontrollieren. Als Gesandter wird er dem Außenministerium unterstellt. Er wird die Aufsicht über die japanischen Konsuln im neuen mandschurischen Staate haben. Voraussichtlich wird General Muto zum Sondergesandten ernannt werden.

Das Kabinett beschloß ferner, den früheren Botschafter in Brasilien, Akira Ariyoshi, zum Gesandten in China und den Grafen Hirotaro Hayashi zum Präsidenten der südmandschurischen Eisenbahn zu ernennen.

Starker Rückgang der Besitzsteuer-Eingänge

WTB. Berlin, 27. Juli.

Im Monat Juni 1932 betrugen (in Millionen Reichsmark) die Einnahmen des Reiches bei den Besitz- und Verkehrssteuern 410,0, bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 182,1, im ganzen 592,1.

In der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1932, dem ersten Viertel des Rechnungsjahres 1932, sind an Besitz- und Verkehrssteuern 1050,7, an Zöllen und Verbrauchssteuern 638,3, zusammen 1689,0 aufgekommen.

Im ersten Viertel des Rechnungsjahres 1931: Besitz- und Verkehrssteuern 1171,3, Zölle und Verbrauchssteuern 636,6, zusammen 1807,9.

Erzwungene Nothilfe!

CNB. Rybnik, 27. Juli.

Eine Sitzung der Gemeindevertreter von Preiswitz fand ein vorzeitiges Ende, da etwa 800 Arbeitslose in den Sitzungssaal eindrangen. Sie verließen das Gebäude nicht; entfernten sich erst, nachdem jedem der Arbeitslosen Warenbons im Werte von 2 Zloty ausgehändigt worden waren.

Kleine Rundschau

Italiener verlassen die Interparlamentarische Union. Die italienische Gruppe der Interparlamentarischen Union hat heute vormittag ihren Austritt aus der Union erklärt, da sie nicht die geforderte Genugtuung für die Angriffe Renaudels erhalten habe.

*

Polnisch-russischer Nichtangriffspakt unterzeichnet. Im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten wurde heute der Nichtangriffspakt zwischen Polen und der Sowjetunion unterzeichnet.

Zum Gustav spricht der kleine Borke:

„Edeka-Roggenbrot, Du, das schmeckt knorke."

Nur zu haben in Edeka-Geschäften.